VR-07 (V-103)-178-3 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Nach Zeile 178 einfügen:
Dazu gehört insbesondere eine stärkere und regelmäßigere Finanzierung der Unterbringung und Versorgung in unseren Kommunen, die einen zentralen Teil der Integration leisten. Statt ständiger Finanzdebatten, die auf dem Rücken von Bürgermeister*innen und geflüchteten Menschen geführt werden, braucht es Geld, dass allen nutzt. Mehr Kita-Plätze, besser ausgestattete Jobcenter oder zusätzliche Ausbildungsplätze sind am Ende ein Gewinn für die Beteiligten und die gesamte Bevölkerung vor Ort. Integration ist eine Daueraufgabe, für die vor Ort die Kommunen zuständig sind. Eine Daueraufgabe braucht dauerhafte und verlässliche Finanzierung. Dem müssen Bund und Länder einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen geben und die Finanzierung gemeinsam langfristig gewährleisten.

Begründung

Integration ist vor Ort Daueraufgabe - Bessere Finanzen vor Ort für Regelmäßigkeit und bessere Soziale Infrastruktur:

Dazu gehört insbesondere eine stärkere und regelmäßigere Finanzierung der Unterbringung und Versorgung in unseren Kommunen, die einen zentralen Teil der Integration leisten. Statt ständiger Finanzdebatten, die auf dem Rücken von Bürgermeister*innen und geflüchteten Menschen geführt werden, braucht es Geld, dass allen nutzt. Mehr Kita-Plätze, besser ausgestattete Jobcenter oder zusätzliche Ausbildungsplätze sind am Ende ein Gewinn für die Beteiligten und die gesamte Bevölkerung vor Ort. Integration ist eine Daueraufgabe, für die vor Ort die Kommunen zuständig sind. Eine Daueraufgabe braucht dauerhafte und verlässliche Finanzierung. Dem müssen Bund und Länder einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen geben und die Finanzierung gemeinsam langfristig gewährleisten.

weitere Antragsteller*innen

Julian Mensak (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Michael Lühmann (KV Göttingen); Sascha Völkening (KV Göttingen); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Pippa Schneider (KV Göttingen); Lino Klevesath (KV Göttingen); Christian Vahlbruch (KV Goslar); Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Nicole Henkel (KV Wittmund); Juli Klippert (KV Hannover); Isabell Michel (KV Braunschweig); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Mathilde Möller (KV Berlin-Pankow); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.